

**No. 32351**

---

**AUSTRIA  
and  
YUGOSLAVIA**

**Treaty on legal assistance in criminal matters. Signed at Belgrade on 1 February 1982**

*Authentic texts: German and Serbo-Croatian.  
Registered by Austria on 27 November 1995.*

---

**AUTRICHE  
et  
YOUgoslavie**

**Traité relatif à l'assistance judiciaire en matière pénale. Signé à Belgrade le 1<sup>er</sup> février 1982**

*Textes authentiques : allemand et serbo-croate.  
Enregistré par l'Autriche le 27 novembre 1995.*

## [GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

VERTRAG ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER  
SOZIALISTISCHEN FÖDERATIVEN REPUBLIK JUGOSLA-  
WIEN ÜBER DIE RECHTSHILFE IN STRAFSACHEN

Der Bundespräsident der Republik Österreich  
und

das Präsidium der Sozialistischen Föderativen  
Republik Jugoslawien,

von dem Wunsche geleitet, die rechtlichen Bezie-  
hungen zwischen den beiden Staaten zu vertiefen  
und den rechtlichen Verkehr zwischen ihnen zu  
erleichtern, sind übereingekommen, einen Vertrag  
über die Rechtshilfe in Strafsachen und die Über-  
nahme der Strafverfolgung abzuschließen, und  
haben zu diesem Zweck folgendes vereinbart:

Verpflichtung zur Gewährung von  
Rechtshilfe

Artikel 1

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich, einan-  
der nach den nachstehenden Vorschriften und  
Bedingungen soweit wie möglich Rechtshilfe in  
allen Verfahren hinsichtlich strafbarer Handlungen  
zu leisten, zu deren Verfolgung in dem Zeitpunkt,  
in dem um Rechtshilfe ersucht wird, die Justizbe-  
hörden des ersuchenden Staates zuständig sind.

(2) Rechtshilfe wird überdies geleistet:

- a) in Angelegenheiten des Widerrufs einer  
bedingten Strafnachsicht, einer bedingten  
Entlassung, des Aufschubes oder der Unter-  
brechung der Vollstreckung einer Strafe oder  
vorbeugenden Maßnahme;
- b) in Verfahren über die Entschädigung wegen  
ungerechtfertigter Anhaltung oder unge-  
rechtfertigter Verurteilung im Zusammen-  
hang mit einem Strafverfahren;
- c) in Gnadensachen;
- d) in Angelegenheiten des Strafregisters;
- e) durch Zustellung von Aufforderungen zum  
Strafantritt oder zur Zahlung von Geldstra-  
fen und Verfahrenskosten.

Zollvorschriften

Artikel 2

(1) Rechtshilfe wird auch geleistet für Handlun-  
gen, die nach Ansicht des ersuchten Staates aus-  
schließlich in der Verletzung von Zollvorschriften  
bestehen.

(2) Zollvorschriften im Sinne des Abs. 1 sind die  
Rechtsvorschriften über die Einfuhr, Ausfuhr,  
Durchfuhr und Lagerung von Waren, die sich auf  
Zölle oder andere Eingangs- oder Ausgangsabga-  
ben beziehen.

(3) Die Rechtshilfe wird unabhängig davon geleis-  
tet, ob im ersuchten Staat eine Zollvorschrift glei-  
cher Art besteht.

(4) Unterlagen und Mitteilungen, die den Justiz-  
behörden des ersuchenden Staates im Zusammen-  
hang mit einem Rechtshilfeersuchen in einer Zoll-  
strafsache zukommen, dürfen nicht nur in einem  
Strafverfahren, für das um Rechtshilfe ersucht  
wurde, sondern auch in den mit diesem Verfahren  
in unmittelbarem Zusammenhang stehenden Zoll-  
und anderen Abgabenverfahren verwendet werden.

Umfang der Rechtshilfe

Artikel 3

Die Rechtshilfe umfaßt insbesondere die Verneh-  
mung einer beschuldigten Person, eines Zeugen  
oder Sachverständigen, den Augenschein, die  
Durchsuchung, die Beschlagnahme von Gegenstän-  
den, die Übermittlung von Akten, Schriftstücken  
oder anderen Gegenständen, die auf ein Strafver-  
fahren Bezug haben, sowie die Zustellung von  
Schriftstücken.

Ablehnung der Rechtshilfe

Artikel 4

Rechtshilfe wird nicht geleistet:

- a) wenn die dem Ersuchen zugrundeliegende  
Handlung nach dem Recht des ersuchten  
Staates nicht gerichtlich strafbar ist;
- b) wenn die Erledigung des Ersuchens die Sou-  
veränität oder die Sicherheit des ersuchten  
Staates beeinträchtigen oder gegen Grund-  
sätze seiner Rechtsordnung verstoßen  
könnte;
- c) wenn die dem Ersuchen zugrundeliegende  
Handlung nach Ansicht des ersuchten Staates  
eine strafbare Handlung politischen Charak-  
ters oder eine militärische strafbare Hand-  
lung darstellt;

- d) wegen Handlungen, die nach Ansicht des ersuchten Staates ausschließlich eine Verletzung von Abgaben-, Monopol- oder Devisenvorschriften oder von Vorschriften über die Warenbewirtschaftung oder über den Außenhandel darstellen, soweit nach diesem Vertrag nichts anderes bestimmt ist.

#### Inhalt des Ersuchens

##### Artikel 5

(1) Das Ersuchen um Rechtshilfe wird schriftlich gestellt und hat zu enthalten:

- a) die Bezeichnung der ersuchenden und der ersuchten Behörde;
- b) die Bezeichnung der Strafsache, eine kurze Darstellung der strafbaren Handlung mit Angabe von Ort und Zeit der Tat;
- c) die rechtliche Würdigung der strafbaren Handlung;
- d) möglichst genaue Angaben über die beschuldigte Person, ihre Staatsangehörigkeit und ihren Wohn- oder Aufenthaltsort;
- e) Namen und Adresse eines allfälligen Verteidigers;
- f) den Gegenstand des Ersuchens sowie allfällige weitere, zu dessen Erledigung erforderliche Angaben.

(2) Ein Ersuchen um Rechtshilfe wird vom zuständigen Organ der ersuchenden Justizbehörde unterschrieben und mit dem amtlichen Siegel versehen. Einer Beglaubigung bedarf es nicht.

(3) Dem Ersuchen um Durchsuchung von Personen oder Räumen oder um Beschlagnahme von Gegenständen wird eine Ausfertigung oder beglaubigte Abschrift (Kopie) der Anordnung der ersuchenden Behörde beigefügt.

#### Geschäftsweg

##### Artikel 6

(1) Soweit durch diesen Vertrag nichts anderes bestimmt ist, erfolgt der Schriftverkehr in den durch diesen Vertrag geregelten Angelegenheiten zwischen dem Bundesminister für Justiz der Republik Österreich einerseits und dem für Justiz zuständigen Sekretariat der Sozialistischen Republik oder der Sozialistischen Autonomen Provinz der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien andererseits. Auf diesem Weg verkehren auch die Justizbehörden miteinander.

(2) In dringenden Fällen können Ersuchen von den Justizbehörden des ersuchenden Staates im Wege der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation (INTERPOL) den zuständigen Justizbehörden des ersuchten Staates übermittelt werden.

#### Übersetzungen

##### Artikel 7

(1) Übersetzungen von Ersuchen, die nach diesem Vertrag gestellt werden, sowie von beigefügten Unterlagen werden, vorbehaltlich des Abs. 2, nicht angeschlossen. Den Schriftstücken, die in Anwendung des Art. 24 übermittelt werden, werden Übersetzungen nicht angeschlossen.

(2) Den zuzustellenden Schriftstücken, insbesondere Verfahrensurkunden und Gerichtsentscheidungen, ist eine Übersetzung in die Sprache des ersuchten Staates anzuschließen, die von einem beeideten Dolmetscher des ersuchenden Staates angefertigt ist. Eine Beglaubigung der Unterschrift des Dolmetschers ist nicht erforderlich.

(3) Ist das zuzustellende Schriftstück nicht mit einer Übersetzung in die Sprache des ersuchten Staates versehen, so hat sich das ersuchte Gericht darauf zu beschränken, die Zustellung durch Übergabe des Schriftstückes an den Empfänger zu bewirken, wenn dieser zur Annahme bereit ist.

#### Anzuwendendes Verfahrensrecht

##### Artikel 8

Bei der Erledigung eines Ersuchens um Rechtshilfe wird das Recht des ersuchten Staates angewendet. Davon abweichende Verfahrensvorschriften des ersuchenden Staates werden jedoch auf dessen Verlangen angewendet, sofern dies mit den Grundsätzen des Verfahrensrechts des ersuchten Staates vereinbar ist.

#### Anwesenheit bei Rechtshilfehandlungen

##### Artikel 9

(1) Auf Verlangen der ersuchenden Behörde wird diese von der ersuchten Behörde von Ort und Zeit der Erledigung eines Rechtshilfeersuchens rechtzeitig in Kenntnis gesetzt. Diese Benachrichtigung erfolgt im unmittelbaren Verkehr zwischen der ersuchenden und der ersuchten Behörde.

(2) Die am Strafverfahren beteiligten Personen und ihre Rechtsbeistände sowie die Vertreter der am Strafverfahren beteiligten Behörden sind berechtigt, bei der Vornahme von Rechtshilfehandlungen im ersuchten Staat anwesend zu sein, wenn dies zur sachgemäßen Erledigung des Rechtshilfeersuchens erforderlich ist. Sie sind berechtigt, ergänzende Fragen vorzubringen. Art. 13 Abs. 4 ist auf diese Personen sinngemäß anzuwenden.

(3) Die Anwesenheit eines im Abs. 2 erwähnten Behördenvertreters des ersuchenden Staates bei Rechtshilfehandlungen im ersuchten Staat bedarf in

der Republik Österreich der Zustimmung des Bundesministers für Justiz und in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien des für Justiz zuständigen Sekretariates der Sozialistischen Republik oder der Sozialistischen Autonomen Provinz.

#### Zuständige Behörde

##### Artikel 10

(1) Ist die Anschrift einer Person, auf die sich das Rechtshilfeersuchen bezieht, nicht genau angegeben oder stellt sie sich als unrichtig heraus, so hat die ersuchte Behörde nach Möglichkeit die richtige Anschrift festzustellen.

(2) Ist die ersuchte Behörde für die Erledigung des Ersuchens nicht zuständig, so hat sie dieses an die zuständige Behörde weiterzuleiten und die ersuchende Behörde davon zu verständigen.

#### Übermittlung von Akten und Gegenständen

##### Artikel 11

(1) Ein Vertragsstaat wird auf Ersuchen des anderen Vertragsstaates Akten, Schriftstücke oder andere Gegenstände, die für ein Strafverfahren im ersuchenden Staat als Beweismittel dienen können, übermitteln. Schriftstücke und andere Gegenstände werden auch dann übermittelt, wenn sie im ersuchten Staat der Beschlagnahme unterliegen.

(2) Die Übermittlung von Akten oder Schriftstücken in Urschrift wird nur verlangt, wenn die Übermittlung von Abschriften (Kopien) nicht ausreicht.

(3) Der ersuchte Staat kann Akten, Schriftstücke oder andere Gegenstände, die für ein Strafverfahren in diesem Staat benötigt werden, für die Dauer dieses Verfahrens zurückbehalten.

(4) Rechte des ersuchten Staates oder dritter Personen an den übermittelten Schriftstücken oder Gegenständen bleiben unberührt. Übermittelte Akten, Schriftstücke oder Gegenstände werden dem ersuchten Staat sobald wie möglich zurückgestellt, sofern dieser darauf nicht verzichtet.

(5) Bei der Übermittlung von Akten, Schriftstücken oder anderen Gegenständen nach diesem Artikel finden Vorschriften über die Ein- und Ausfuhr von Gegenständen und Devisen keine Anwendung.

#### Zustellnachweis

##### Artikel 12

Die Zustellung wird entweder durch einen Zustellausweis nachgewiesen, der datiert und mit der Unterschrift des Zustellorgans sowie des Über-

nehmers versehen sein muß, oder durch eine Bestätigung der ersuchten Behörde, aus der sich die Tatsache, die Form und die Zeit der Zustellung ergeben. Auf besonderes Ersuchen wird die ersuchte Behörde angeben, ob die Zustellung in Übereinstimmung mit den Vorschriften des ersuchten Staates erfolgt ist.

#### Vorladungen, freies Geleit

##### Artikel 13

(1) Erweist es sich als erforderlich, daß eine Person, die sich in einem der Vertragsstaaten aufhält, vor einem Gericht des anderen Vertragsstaates persönlich erscheint, um dort vernommen zu werden, so wird dieser Person die Vorladung von der zuständigen Behörde des ersuchten Staates zugestellt.

(2) In der Vorladung dürfen Zwangsmaßnahmen für den Fall des Nichterscheinens nicht angedroht werden. Kommt die vorgeladene Person der Vorladung nicht nach, so dürfen die für das Ausbleiben gesetzlich vorgesehenen Zwangsmaßnahmen nicht angewendet werden.

(3) Einem Ersuchen um Zustellung der Vorladung an einen Beschuldigten wird nur entsprochen, wenn die Vorladung der ersuchten Behörde spätestens 30 Tage vor dem für das Erscheinen vor dem Gericht des ersuchenden Staates bestimmten Tag zugekommen ist. Die ersuchende Behörde hat bei der Stellung des Ersuchens auf diese Frist Bedacht zu nehmen.

(4) Die Person, die im Gebiet eines der Vertragsstaaten in einer Strafsache eine Vorladung vor ein Gericht des anderen Vertragsstaates erhalten hat und ihr Folge leistet, darf im Gebiet dieses Vertragsstaates wegen einer vor dessen Betreten begangenen Handlung oder aus einem anderen vorher entstandenen Grund weder verfolgt noch in Haft genommen noch sonst in ihrer persönlichen Freiheit beeinträchtigt werden. Die Verfolgung, Verhaftung oder sonstige Beschränkung der persönlichen Freiheit ist aber zulässig:

- a) wegen einer strafbaren Handlung, die den Gegenstand der Vorladung einer Person als Beschuldigter bildet;
- b) wenn sich die vorgeladene Person nach der Erklärung des Gerichtes, daß ihre Anwesenheit nicht mehr erforderlich ist, länger als 15 Tage auf dem Gebiet des ersuchenden Staates aufhält, obwohl sie die Möglichkeit hatte, es zu verlassen; oder
- c) wenn sie nach Verlassen des Gebietes des ersuchenden Staates dorthin freiwillig zurückkehrt oder auf Grund einer rechtmäßigen Verfügung zurückgebracht wird.

(5) Die in Abs. 4 enthaltenen Beschränkungen der Strafverfolgung, der Verhaftung oder sonstigen Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit sind auf einen Zeugen auch in bezug auf eine strafbare Handlung anzuwenden, die er durch die falsche Aussage vor dem Gericht des ersuchenden Staates versuchen oder begehen könnte.

(6) Wird ein Zeuge oder ein Sachverständiger vorgeladen, so ist in der Vorladung im einzelnen anzugeben, inwieweit er Anspruch auf Ersatz der Kosten der Reise und des Aufenthaltes, auf Entschädigung für die Zeitversäumnis und der Sachverständige außerdem auf Entlohnung für seine Tätigkeit hat. Dem vorgeladenen Zeugen oder Sachverständigen wird auf sein Verlangen vom ersuchenden Staat ein Vorschuß zur Deckung der Kosten der Reise und des Aufenthaltes ausgesetzt.

#### Überstellung verhafteter Personen als Zeugen in den ersuchenden Staat

##### Artikel 14

(1) Befindet sich ein vorgeladener Zeuge im ersuchten Staat auf Grund der Anordnung eines Gerichtes in Haft, so wird er mit seiner Zustimmung dem ersuchenden Staat auf dessen Verlangen zur Vernehmung überstellt, sofern nicht zwingende Gründe entgegenstehen.

(2) Der Zeuge wird im ersuchenden Staat weiter in Haft gehalten und nach der Vernehmung dem ersuchten Staat unverzüglich wieder überstellt.

#### Überstellung verhafteter Personen in den ersuchten Staat

##### Artikel 15

(1) Auf Ersuchen eines Vertragsstaates wird einer Person, die sich im ersuchenden Staat auf Anordnung eines Gerichtes in Haft befindet, für Zwecke eines im ersuchenden Staat anhängigen Strafverfahrens die Anwesenheit bei der Erledigung eines Rechtshilfeersuchens im ersuchten Staat gestattet, wenn ein auch nach dem Recht des ersuchten Staates anerkannter Haftgrund besteht und der Überstellung nicht zwingende Gründe entgegenstehen.

(2) Die überstellte Person ist im ersuchten Staat weiter in Haft zu halten und nach Erledigung des Rechtshilfeersuchens unverzüglich zurückzustellen. Art. 13 Abs. 4 ist sinngemäß anzuwenden.

#### Durchbeförderung

##### Artikel 16

Soll eine in Haft befindliche Person als Zeuge aus dem Gebiet eines dritten Staates an einen Ver-

tragsstaat über das Gebiet des anderen Vertragsstaates durchbefördert werden, wird die Durchbeförderung dieser Person bewilligt, sofern sie nicht Staatsangehöriger dieses Vertragsstaates ist.

#### Anwendung von Zwangsmitteln

##### Artikel 17

Die zuständige Behörde des ersuchten Staates hat bei der Erledigung eines Rechtshilfeersuchens erforderlichenfalls die gleichen Zwangsmittel anzuwenden wie bei der Erledigung eines Rechtshilfeersuchens der zuständigen Behörde des eigenen Staates.

#### Begründung der Nichtgewährung der Rechtshilfe

##### Artikel 18

Wird die Rechtshilfe ganz oder teilweise nicht gewährt oder stehen der Erledigung des Ersuchens Hindernisse entgegen, so wird die ersuchende Behörde davon unter Angabe des Grundes benachrichtigt.

#### Ersuchen um Übernahme der Strafverfolgung

##### Artikel 19

(1) Hat ein Angehöriger eines Vertragsstaates in dem Gebiet des anderen Vertragsstaates eine strafbare Handlung begangen, die in beiden Vertragsstaaten gerichtlich strafbar ist, so kann der Tatortstaat den anderen Vertragsstaat ersuchen, die Verfolgung wegen dieser strafbaren Handlung zu übernehmen.

(2) Die zuständigen Behörden des Tatortstaates werden im Einzelfall von Amts wegen prüfen, ob die Stellung eines in Abs. 1 in Betracht gezogenen Ersuchens im Interesse der Wahrheitsfindung, aus Gründen der Strafbemessung oder aus anderen für das Strafverfahren wichtigen Gründen, aus Gründen des Strafvollzuges oder der Resozialisierung des Beschuldigten geboten ist.

(3) Die zuständigen Behörden des ersuchten Staates werden das Strafverfahren nach Maßgabe der Rechtsvorschriften dieses Staates durchführen. Der Beurteilung von Verkehrsstraftaten sind im ersuchten Staat die am Tatort geltenden Verkehrsregeln zugrunde zu legen.

(4) Gründet sich das Ersuchen um die Übernahme der Strafverfolgung auf eine vom Beschuldigten im ersuchenden Staat unter den Bedingungen des Art. 13 Abs. 5 abgelegte falsche Zeugenaussage, so finden die strafrechtlichen Bestimmungen des ersuchten Staates in gleicher Weise Anwen-

dung, als wäre die Aussage vor einem Gericht des ersuchten Staates abgelegt worden.

#### Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Ersuchen

##### Artikel 20

Die Justizbehörden des ersuchenden Staates treffen im Hinblick auf das Ersuchen um Übernahme der Strafverfolgung die erforderlichen Maßnahmen, um dem ersuchten Staat die Ausübung seiner Strafgerichtsbarkeit zu ermöglichen. Diese Maßnahmen umfassen, wenn sich der Beschuldigte im ersuchenden Staat in Haft befindet, auch dessen Übergabe an die Behörden des ersuchten Staates.

#### Unterlagen

##### Artikel 21

(1) Das Ersuchen um Übernahme der Strafverfolgung hat eine Darstellung des Sachverhaltes sowie möglichst genaue Angaben über die beschuldigte Person, ihre Staatsangehörigkeit und ihren Wohn- oder Aufenthaltsort zu enthalten. Dem Ersuchen werden beigefügt:

- a) Die Akten in Urschrift oder in beglaubigter Abschrift (Kopie) sowie Beweisgegenstände;
- b) die Bestimmungen über den Tathesand und die Strafe, die nach dem am Tatort geltenden Recht auf die Tat anwendbar sind, sowie bei Verkehrsstrafaten außerdem die für deren Beurteilung maßgebenden Verkehrsregeln;
- c) Erklärungen des durch die strafbare Handlung Verletzten, die zur Einleitung des Strafverfahrens erforderlich sind.

(2) Für die Übermittlung von Akten und Beweisgegenständen ist Art. 11 Abs. 4 und 5 anzuwenden.

(3) Eine zur Einleitung eines Strafverfahrens notwendige Erklärung des Verletzten, die im ersuchenden Staat vorliegt, ist auch im ersuchten Staat wirksam. Eine nur nach dem Recht des ersuchten Staates erforderliche Erklärung des Verletzten kann innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Eingang der Anzeige bei der zur Strafverfolgung zuständigen Behörde dieses Staates nachgeholt werden.

#### Grundsatz ne bis in idem

##### Artikel 22

Die Justizbehörden des ersuchenden Staates sehen im Hinblick auf das Ersuchen um Übernahme der Strafverfolgung von Verfolgungsmaßnahmen wegen der dem Ersuchen zugrundeliegenden Tat vorläufig ab. Von solchen Maßnahmen wird jedenfalls dann abgesehen:

- a) wenn die beschuldigte Person im ersuchten Staat rechtskräftig freigesprochen worden ist oder wenn das Verfahren mangels ausreichender Beweise oder deshalb, weil die Tat eine strafbare Handlung nicht begründet, endgültig eingestellt worden ist;
- b) wenn die erkannte Strafe oder vorbeugende Maßnahme vollstreckt worden ist oder wenn sie kraft Gesetzes oder wegen einer Begnadigung nicht mehr vollstreckt werden kann;
- c) solange die Vollstreckung einer Strafe oder vorbeugenden Maßnahme ganz oder teilweise ausgesetzt ist.

#### Benachrichtigung vom Ergebnis des Ersuchens

##### Artikel 23

Der ersuchte Staat setzt den ersuchenden Staat von dem auf Grund des Ersuchens Veranlaßten und vom Ergebnis des Strafverfahrens in Kenntnis. Liegt eine rechtskräftige Entscheidung hierüber vor, so wird diese in Ausfertigung oder in einer beglaubigten Abschrift (Kopie) übermittelt.

#### Mitteilungen aus dem Strafregister

##### Artikel 24

(1) Die Vertragsstaaten benachrichtigen einander jeweils vierteljährlich von allen, die Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaates betreffenden strafgerichtlichen Verurteilungen, die in ihr Strafregister eingetragen worden sind. Die Auszüge aus dem Strafregister werden zwischen dem Bundesminister für Inneres der Republik Österreich und dem Bundessekretariat für Justiz und Organisation der Bundesverwaltung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien ausgetauscht.

(2) Ebenso werden sie einander die weiteren Entscheidungen und Verfügungen mitteilen, die sich auf derartige strafgerichtliche Verurteilungen beziehen und in das Strafregister eingetragen werden.

(3) Die Vertragsstaaten übermitteln einander auf dem in Abs. 1 bezeichneten Weg überdies auf Ersuchen im Einzelfall beglaubigte Abschriften (Kopien) der ihre eigenen Staatsangehörigen betreffenden, in das Strafregister eingetragenen strafgerichtlichen Verurteilungen.

#### Rechtsauskünfte

##### Artikel 25

Der Bundesminister für Justiz der Republik Österreich und der Bundessekretär für Justiz und Organisation der Bundesverwaltung der Sozialisti-

schen Föderativen Republik Jugoslawien erteilen einander auf Ersuchen Auskünfte über ihr Strafrecht, Strafverfahrensrecht und Strafvollzugsrecht.

#### Kosten

##### Artikel 26

Die durch die Erledigung eines Ersuchens entstandenen Kosten, mit Ausnahme jener, die durch die Überstellung eines Häftlings nach Art. 14 bis 16 verursacht werden, trägt der ersuchte Staat.

#### Definitionen

##### Artikel 27

(1) Gerichtliche Strafbarkeit im Sinne dieses Vertrages ist gegeben, wenn für die Verfolgung und Bestrafung der strafbaren Handlung

- a) in der Republik Österreich ein auf Grund gesetzlicher Vorschriften zur Ausübung der Gerichtsbarkeit in Strafsachen berufenes Gericht;
- b) in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien ein Strafgericht zuständig ist.

(2) Unter „Sprache des ersuchten Staates“ im Sinne dieses Vertrages ist für das Gebiet der Republik Österreich die deutsche Sprache und für das ganze Gebiet der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien die serbokroatische Sprache, die kroatische Schriftsprache, die slowenische oder mazedonische Sprache zu verstehen.

(3) Im Sinne dieses Vertrages bedeutet der Ausdruck „vorbeugende Maßnahme“:

- a) in der Republik Österreich jede die Freiheit beschränkende Maßnahme, die durch das Urteil eines Strafgerichtes neben oder an Stelle einer Strafe angeordnet wird;

b) in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien Sicherungs- und Erziehungsmaßnahmen sowie Maßnahmen der Schutz-aufsicht im Zusammenhang mit der bedingten Strafnachsicht, die nach dem Strafrecht der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien vorgesehen sind.

#### Schlußbestimmungen

##### Artikel 28

Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden in Wien ausgetauscht.

##### Artikel 29

(1) Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des dritten Monats nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(2) Der Vertrag wird für unbestimmte Zeit geschlossen. Er kann von jedem Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich mit einer Kündigungsfrist von sechs Monaten gekündigt werden.

##### Artikel 30

Mit dem Inkrafttreten des Vertrages treten die Art. 19 bis 22 und 24 bis 28 des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über den wechselseitigen rechtlichen Verkehr vom 16. Dezember 1954 sowie Art. 23 und 47 des zuletzt genannten Vertrages, soweit sie sich auf Strafsachen beziehen, außer Kraft.

Geschehen zu Belgrad, am 1. Februar 1982, in zwei Urschriften in deutscher und serbokroatischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik  
Österreich:

DR. BRODA

Für die Sozialistische Föderative Republik  
Jugoslawien:

BANOVIĆ

## [SERBO-CROATIAN TEXT — TEXTE SERBO-CROATE]

UGOVOR IZMEDJU REPUBLIKE AUSTRIJE I SOCIJALISTIČKE  
FEDERATIVNE REPUBLIKE JUGOSLAVIJE O PRAVNOJ PO-  
MOĆI U KRIVIČNIM STVARIMA

Savezni Predsednik Republike Austrije

i

Predsedništvo Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije

rukovodjeni željom da se prodube pravni odnosi između dve države i olakša pravni saobraćaj između njih saglasili su se da zaključe ugovor o pravnoj pomoći u krivičnim stvarima i preuzimanju krivičnog gonjenja i u tom cilju dogovorili se o sledećem:

## Obaveza pružanja pravne pomoći

## Član 1

(1) Države ugovornice obavezuju se da će prema niže navedenim odredbama i uslovima, u najvećoj mogućoj meri uzajamno pružati pravnu pomoć u svim postupcima u pogledu krivičnih dela za koja su u vreme kada je zatražena pravna pomoć nadležni pravosudni organi države molilje.

(2) Pravna pomoć će se takodje pružati:

- a) u predmetima opozivanja uslovne osude, uslovnog otpuštanja, odlaganja ili prekidanja izvršenja kazne ili preventivne mere;
- b) u postupku obeštećenja zbog neopravdanog pritvora ili neopravdanog osuđivanja u vezi sa krivičnim postupkom;
- c) u predmetima pomilovanja;
- d) u predmetima kaznene evidencije;
- e) u vezi dostavljanja poziva za izdržavanje kazne ili naloga za plaćanje novčane kazne i troškova postupka.

## Carinski propisi

## Član 2

(1) Pravna pomoć se pruža i za radnje koje se po mišljenju zamoljene države sastoje isključivo od povrede carinskih propisa.

(2) Carinski propisi u smislu stava 1. su pravni propisi o uvozu, izvozu, tranzitu i skladištenju robe, koji se odnose na carinske ili druge uvozno-izvozne dažbine.

(3) Nezavisno od toga da li u zamoljenoj državi postoji carinski propis iste vrste pravna pomoć se pruža.

(4) Dokumenta i saopštenja koja se dostavljaju pravosudnim organima države molilje u vezi sa zamolnicom za pružanje pravne pomoći povodom carinskih krivičnih predmeta smeju se koristiti, ne samo u onom krivičnom postupku za koji je zatražena pomoć, nego i u carinskim i drugim dažbinskim postupcima koji su u neposrednoj vezi sa tim postupkom.

## Obim pravne pomoći

## Član 3

Pravna pomoć posebno obuhvata saslušanje okrivljenog lica, svedoka i veštaka, uvidaj, pretres, zaplenu predmeta, dostavljanje akata, dopisa ili drugih predmeta koji su u vezi sa krivičnim postupkom, kao i dostavljanje pismenih materijala.

## Odbijanje pravne pomoći

## Član 4

Pravna pomoć se ne pruža:

- a) ako delo koje je navedeno u zamolnici nije sudski kažnjivo prema pravu zamoljene države;
- b) ako bi izvršenje zamolnice moglo da ugrozi suverenitet ili bezbednost zamoljene države ili bi bilo u suprotnosti sa principima njenog pravnog poretka;
- c) ako delo navedeno u zamolnici po mišljenju zamoljene države predstavlja krivično delo političkog karaktera ili vojno krivično delo;
- d) za radnje koje po mišljenju zamoljene države isključivo predstavljaju povredu propisa o porezima, monopolu ili devizama, ili povredu propisa o kontingeniranju roba ili o spoljnoj trgovini, ako ovim ugovorom nije drukčije određeno.



## Sadržaj zamolnice

## Član 5

(1) Zamolnica za pravnu pomoć dostavlja se u pismenoj formi i mora sadržavati:

- a) oznaku organa koji moli i zamoljenog organa;
- b) oznaku krivičnog predmeta, kratak opis krivičnog dela uz oznaku mesta i vremena izvršenja;
- c) pravnu ocenu krivičnog dela;
- d) što tačnije podatke o okrivljenom licu, njegovu državljanstvo i mesto stanovanja ili boravka;
- e) ime i adresu eventualnog branioca;
- f) predmet zamolnice kao i eventualne druge neophodne podatke za njeno rešavanje.

(2) Zamolnicu za pravnu pomoć potpisuje nadležni organ vlasti pravosuđa koji moli i na nju se stavlja službeni pečat. Legalizacija nije potrebna.

(3) Uz zamolnicu za pretes lica ili prostorija ili zaplenu predmeta prilaže se jedan primerak ili overen prepis (kopiija) naloga organa koji moli.

## Način opštenja

## Član 6

(1) Ako ovim ugovorom nije drukčije određeno odvijaje se prepiska u poslovima regulisanim ovim ugovorom između Saveznog Ministra za pravosuđe Republike Austrije, s jedne strane i sekretarijata nadležnog za poslove pravosuđa socijalističke republike ili socijalističke autonomne pokrajine Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije, s druge strane. Na taj način će opštiti i pravosudni organi međusobno.

(2) U hitnim slučajevima, nadležni pravosudni organi države molilje mogu nadležnim organima zamoljene države dostavljati zamolnice posredstvom Međunarodne organizacije krivične policije (INTERPOL).

## Prevodi

## Član 7

(1) Prevodi zamolnica koji se dostavljaju u skladu sa ovim ugovorom kao i priloženih materijala, izuzimajući stav 2, ne prilažu se. Za pismene materijale koji se dostavljaju primenom člana 24. ne prilažu se prevodi.

(2) Pismenim materijalima, posebno materijalima u vezi sa krivičnim postupkom i sudskim odlukama, koji se dostavljaju treba priložiti prevod na jezik

zamoljene države, koji će biti sačinjen od strane zakletog tumača države molilje. Overa potpisa tumača nije potrebna.

(3) Ako pismeni materijal koji treba dostaviti nije preveden na jezik zamoljene države, sud kojem je upućena zamolnica ograničava se na to da prosledi pismeni materijal primaocu, ako je ovaj spreman da ga primi.

## Primena procesnog prava

## Član 8

Prilikom rešavanja zamolnice za pružanje pravne pomoći primenjuje se pravo zamoljene države. Propisi države molilje koji odstupaju od toga biće primenjeni na njen zahtev, ukoliko je to u skladu sa principima procesnog prava zamoljene države.

## Prisustvo pri radnjama pravne pomoći

## Član 9

(1) Na zahtev organa koji podnosi zamolnicu, isti će biti blagovremeno obavешten od strane zamoljenog organa o mestu i vremenu rešavanja zamolnice za pravnu pomoć. Ovo obavешtenje odvija se u neposrednom saobraćaju između organa koji moli i zamoljenog organa.

(2) Lica koja učestvuju u krivičnom postupku i njihovi pravni zastupnici, kao i predstavnici organa uključenih u krivični postupak imaju pravo da prisustvuju prilikom preduzimanja radnji pravne pomoći u zamoljenoj državi, ukoliko je to potrebno za stručno obavljanje zahteva za pružanje pravne pomoći. Oni imaju pravo da iznesu dodatna pitanja. Član 13. stav 4. shodno će se primenjivati na ta lica.

(3) Za prisutnost predstavnika organa države molilje iz stava 2. kod pružanja pravne pomoći u zamoljenoj državi potrebna je u Republici Austriji saglasnost Saveznog Ministra za Pravosuđe, a u Socijalističkoj Federativnoj Republici Jugoslaviji saglasnost sekretarijata nadležnog za poslove pravosuđa socijalističke republike ili socijalističke autonomne pokrajine.

## Nadležni organ

## Član 10

(1) Ako adresa lica na koje se odnosi zamolnica za pravnu pomoć nije tačno navedena ili se ispоставi kao netačna, zamoljeni organ mora po mogućnosti da utvrdi tačnu adresu.

(2) Ako zamoljeni organ nije nadležan za rešavanje zamolnice on treba da istu uputi nadležnom organu i da o tome obavesti organ koji moli.

#### Dostavljanje akata i predmeta

##### Član 11

(1) Država ugovornica će na zahtev druge države ugovornice dostavljati akta, pismene materijale ili druge predmete koji mogu da služe kao dokazno sredstvo u krivičnom postupku u državi molilji. Pismeni materijali i drugi predmeti biće takođe dostavljeni ukoliko u zamoljenoj državi podležu zapleni.

(2) Dostavljanje akata ili pismenih materijala u originalu zahteva se ako nije dovoljno dostavljanje prepisa (kopija).

(3) Zamoljena država može u toku postupka da zadrži akta, pismene materijale ili druge predmete, koji su potrebni dok krivični postupak traje u toj državi.

(4) Prava zamoljene države ili trećih lica u vezi sa dostavljenim pismenim materijalima ili predmetima ostaju netaknuta. Dostavljena akta, pismeni materijali ili predmeti vraćaju se zamoljenoj državi u najkraćem mogućem roku, ako se ona toga ne odriče.

(5) Kod dostavljanja akata, pismenih materijala ili drugih predmeta u skladu sa ovim članom ne primenjuju se propisi o uvozu i izvozu predmeta ili deviza.

#### Dokazivanje dostave

##### Član 12

Dostavljanje se potvrđuje ili potvrdom o dostavi koja mora biti datirana i overena potpisom organa koji dostavlja kao i primaoca ili potvrdom od strane zamoljenog organa iz koje se vidi čin, forma i vreme dostave. Na posebnu zamolnicu zamoljeni organ će obavestiti da li je dostavljanje izvršeno u skladu sa propisima zamoljene države.

#### Pozivi, garantovanje lične slobode

##### Član 13

(1) Ako se pokaže neophodnim da se jedno lice koje boravi u jednoj od zemalja ugovornica lično pojavi pred sudom druge države ugovornice radi saslušanja, tom licu se dostavlja poziv od strane nadležnog organa zamoljene države.

(2) Poziv ne sme da sadrži pretnju prisilnih mera u slučaju neodazivanja. Ako se pozvano lice ne odazove pozivu, ne smeju biti primenjene zakonom predviđene prisilne mere.

(3) Zamolnici za dostavu poziva okrivljenom udovoljiće se samo ako je poziv zamoljenom organu uručen najkasnije trideset dana pre datuma koji je određen za odazivanje na sud države molilje. Organ koji moli mora da poštuje ovaj rok pri podnošenju zamolnice.

(4) Lice koje je na teritoriji jedne države ugovornice dobilo poziv za prisustvovanje na sud druge države ugovornice u vezi sa krivičnim predmetom i odazove se tom pozivu, ne sme na teritoriji te države ugovornice da bude hapšeno, gonjeno ili ugrožavano u njegovoj ličnoj slobodi za delo koje je počinilo pre stupanja na teritoriju države molilje. Gonjenje, hapšenje ili neko drugo ograničenje lične slobode je međutim dozvoljeno:

- a) zbog krivičnog dela, koje je predmet poziva lica kao okrivljenog;
- b) kada se pozvano lice po izjavi suda da njegovo prisustvo više nije potrebno, zadržava duže od 15 dana na teritoriji države molilje, mada je imalo mogućnost da istu napusti;
- c) ako se posle napuštanja teritorije države molilje tamo dobrovoljno vrati ili bude vraćeno na osnovu pravovaljane odluke.

(5) Ograničenja krivičnog gonjenja, hapšenja ili drugog ugrožavanja lične slobode, koja su sadržana u stavu 4, treba primeniti na svedoka i za krivično delo koje bi on izvršio ili pokušao izvršiti lažnim iskazom pred sudom države molilje.

(6) Ako se poziva svedok ili veštak, u pozivu treba pojedinačno navesti u kojoj meri ima pravo na naknadu putnih troškova i troškova boravka, na odštetu usled izgubljenog vremena, a veštak osim toga i na naknadu je veštačenje. Pozvanom svedoku ili veštaku se na njegov zahtev izdaje akontacija od strane države molilje za pokriće troškova puta i boravka.

#### Upućivanje uhapšenih lica kao svedoka u državu molilju

##### Član 14

(1) Ako se pozvani svedok nalazi na osnovu sudske odluke u zatvoru u zamoljenoj državi, biće izručen uz njegovu saglasnost državi molilji na njen zahtev radi saslušanja, ako protiv toga ne postoje ozbiljni razlozi.

(2) Svedok se u državi molilji i dalje drži u pritvoru i biće posle saslušanja neodložno vraćen zamoljenoj državi.

#### Upućivanje uhapšenih lica u zamoljenu državu

##### Član 15

(1) Na molbu jedne države ugovornice licu koje se nalazi u zatvoru u državi molilji po sudskoj odluci, dozvoljava se prisustvovanje prilikom rešavanja molbe za pružanje pravne pomoći u zamoljenoj državi u vezi sa krivičnim postupkom u državi molilji, ako postoji priznat razlog za hapšenje prema pravu zamoljene države a upućivanju se ne suprotstavljaju ozbiljni razlozi.

(2) Upućeno lice se u zamoljenoj državi i dalje drži u pritvoru i biće posle udovoljavanja zamolnice za pravnu pomoć hitno vraćeno. Član 13. stav 4. shodno se primenjuje.

#### Tranzit

##### Član 16

Ako lice lišeno slobode treba, radi svedočenja, da bude sprovedeno od strane neke treće države jednoj državi ugovornici, a preko teritorije druge države ugovornice, odobriće se tranzit lica lišenog slobode ako ono nije državljanin te države ugovornice.

#### Primena prinudnih mera

##### Član 17

Nadležni organi zamoljene države primenjuju kod rešavanja zamolnice za pravnu pomoć po potrebi ista prinudna sredstva kao kod rešavanja zamolnice za pružanje pravne pomoći nadležnog organa sopstvene države.

#### Obrazloženje nepružanja pravne pomoći

##### Član 18

Ako se pravna pomoć uskrati u potpunosti ili delimično ili ako za udovoljenje zamolnice postoje prepreke, organ koji moli biće o tome obavešten uz navodjenje razloga.

#### Zamolnica za preuzimanje krivičnog gonjenja

##### Član 19

(1) Ako je državljanin jedne države ugovornice izvršio krivično delo na teritoriji druge države ugo-

vornice, koji je sudski kažnjivo u obe države ugovornice, država u kojoj je počinjeno delo može da zamoli drugu državu ugovornicu da preuzme gonjenje ovog krivičnog dela.

(2) Nadležni organi države u kojoj je izvršeno delo ispitaće u pojedinačnom slučaju po službenoj dužnosti, u interesu otkrivanja istine, iz razloga određivanja kazne ili iz drugih razloga važnih za krivični postupak, iz razloga izvršenja kazne ili resocijalizacije okrivljenog, da li je neophodno dostavljanje molbe iz stava 1.

(3) Nadležni organi zamoljene države sprovedeće krivični postupak u skladu sa pravnim propisima svoje države. Zamoljena država treba kod ocenjivanja saobraćajnih krivičnih dela da uzme za osnovu saobraćajne propise koji važe u mestu izvršenja dela.

(4) Ako se zamolnica za preuzimanje krivičnog gonjenja zasniva na lažnom iskazu kojim se tereti okrivljeni u državi molilji, u smislu čl. 13. stav 5, onda će se primeniti krivično pravne odredbe zamoljene države na isti način kao da je iskaz dat pred sudom zamoljene države.

#### Mere u vezi sa zamolnicom

##### Član 20

Pravosudni organi države molilje preduzimaju potrebne mere u pogledu zamolnice za preuzimanje krivičnog gonjenja da bi zamoljenoj državi omogućili vršenje krivično sudske nadležnosti. Ove mere obuhvataju, kada se okrivljeni nalazi u pritvoru u državi molilji, i njegovo upućivanje organima zamoljene države.

#### Dokumentacija

##### Član 21

(1) Zamolnica za preuzimanje krivičnog gonjenja mora da sadrži opis činjeničnog stanja kao i što tačnije podatke o okrivljenom licu, njegovo državljanstvo i mesto stanovanja ili boravka. Zamolnici se prilažu:

- a) akta u originalu ili u overenom prepisu (kopiji) kao i dokazni materijal;
- b) odredbe o činjeničnom stanju i kazni koje se primenjuju na delo prema važećem pravu u mestu izvršenja dela, a kod saobraćajnih krivičnih dela i propisi za njihovo ocenjivanje;
- c) izjave oštećenih krivičnim delom, koje su neophodne za pokretanje krivičnog postupka.

(2) Za dostavljanje akata i dokaznih materijala primenjuje se član 11. stav 4. i 5.

(3) Izjava oštećenog potrebna za pokretanje krivičnog postupka u državi molilji ima dejstvo i u zamoljenoj državi. Izjava oštećenog koja je potrebna samo po pravu zamoljene države može u roku od 2 meseca posle podnošenja prijave da bude naknadno upućena organu te države nadležnom za krivično gonjenje.

#### Načelo ne bis in idem

##### Član 22

Pravosudni organi države molilje privremeno se odriču mera gonjenja dela navedenog u zamolnici za preuzimanje krivičnog gonjenja. Od takvih mera se u svakom slučaju odustaje:

- a) ako je okrivljeno lice u zamoljenoj državi pravosnažno oslobodjeno ili ako je postupak konačno obustavljen zbog nedostatka dokaza ili zato što potinjeno delo nije krivično delo;
- b) ako je izrečena kazna ili preventivna mera izvršena, ili ako se ona više ne može izvršiti po zakonu ili zbog akta o pomilovanju;
- c) za vreme dok je izvršenje kazne ili preventivne mere potpuno ili delimično odloženo.

#### Obaveštenje o rezultatu zamolnice

##### Član 23

Zamoljena država obaveštava državu molilju o onome što je preduzeto na osnovu zamolnice i o rezultatu krivičnog postupka. Ako o tome postoji pravosnažna odluka, biće dostavljena u originalu ili overenom prepisu (kopiji).

#### Saopštenja iz kaznene evidencije

##### Član 24

(1) Države ugovornice će se uzajamno obaveštavati kvartalno o svim krivično pravnim osudama državljana druge države ugovornice, koje su unete u njenu kaznenu evidenciju. Izvodi iz kaznene evidencije biće razmenjivani između Saveznog Ministra za unutrašnje poslove Republike Austrije i Saveznog sekretarijata za pravosuđe i organizaciju savezne uprave Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije.

(2) Takođe će se uzajamno informisati o daljim odlukama i rešenjima, koja se odnose na takve krivično sudske presude i unose se u kaznenu evidenciju.

(3) Države ugovornice uzajamno će dostavljati na način naveden u stavu 1. na pojedinačnu zamol-

nicu overene prepise (kopije) krivično sudske presude koje su zavedene u kaznenu evidenciju a odnose se na njihove državljane.

#### Pravna obaveštenja

##### Član 25

Savezni Ministar pravosuđa Republike Austrije i Savezni sekretar za pravosuđe i organizaciju savezne uprave Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije uzajamno se na zahtev obaveštavaju o krivičnom pravu, pravu o krivičnom postupku i pravu o izvršenju krivičnih sankcija svojih država.

#### Troškovi

##### Član 26

Troškove nastale rešavanjem zamolnice, izuzev onih prouzrokovanih upućivanjem zatvorenika prema članovima 14. do 16. snosi zamoljena država.

#### Definicije

##### Član 27

(1) Sudski kažnjivo delo u smislu ovog ugovora je ako je za gonjenje i kažnjavanje krivičnog dela nadležan:

- a) u Republici Austriji sud pozvan na osnovu zakonskih propisa za sudjenje u krivičnim stvarima;
- b) u Socijalističkoj Federativnoj Republici Jugoslaviji sud za krivične stvari.

(2) Pod pojmom »jezik zamoljene države« u smislu ovog ugovora podrazumeva se za teritoriju Republike Austrije nemački jezik, a za celokupnu teritoriju Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije srpsko-hrvatski, hrvatski književni, slovenački i makedonski jezik.

(3) U smislu ovog ugovora pojam »preventivne mere« označava:

- a) u Republici Austriji svaka mera koja ograničava slobodu a koja je izrečena presudom krivičnog suda pored ili umesto neke kazne;
- b) u Socijalističkoj Federativnoj Republici Jugoslaviji mere bezbednosti, vaspitne mere i mere zaštitnog nadzora u vezi uslovne osude, a koje su predviđene u krivičnom zakonodavstvu Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije.

## Završne Odredbe

## Član 28

Ovaj ugovor podleže ratifikaciji. Ratifikacioni instrumenti će se razmeniti u Beču.

## Član 29

(1) Ovaj ugovor stupa na snagu prvog dana trećeg meseca posle razmene ratifikacionih instrumenata.

(2) Ugovor se zaključuje na neodređeno vreme. Svaka država ugovornica ga može pismeno otkazati diplomatskim putem sa otkaznim rokom od 6 meseci.

## Član 30

Stupanjem na snagu ovog Ugovora stavljaju se van snage članovi 19. do 22. i 24. do 28. Ugovora između Republike Austrije i Federativne Narodne Republike Jugoslavije o uzajamnom pravnom prometu od 16. 12. 1954. kao i članovi 23. i 47. navedenog Ugovora, ukoliko se odnose na krivične stvari.

Sačinjeno u Beogradu dana 1. februara 1982. godine u dva originala na nemačkom i srpsko-hrvatskom jeziku, pri čemu oba teksta imaju istu važnost.

Za Republiku  
Austriju:

Dr. BRODA

Za Socijalističku Federativnu Republiku  
Jugoslaviju:

BANOVIĆ

---

[TRANSLATION — TRADUCTION]

TREATY<sup>1</sup> BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE SOCIALIST FEDERAL REPUBLIC OF YUGOSLAVIA ON LEGAL ASSISTANCE IN CRIMINAL MATTERS

The Federal President of the Republic of Austria and the Presidency of the Socialist Federal Republic of Yugoslavia,

Desirous of deepening legal relations between the two States and facilitating legal dealings between them, have agreed to conclude a treaty on legal assistance in criminal matters and on transfer of criminal prosecutions and to that end have agreed as follows:

*Article 1*

OBLIGATION TO PROVIDE LEGAL ASSISTANCE

(1) The Contracting Parties undertake, in accordance with the provisions and conditions below, to afford each other the widest possible measure of legal assistance in all proceedings in respect of offences the punishment of which, at the time the request for assistance is made, fall within the jurisdiction of the judicial authorities of the requesting State.

(2) Legal assistance shall also be provided:

(a) In cases of revocation of a conditional remission of sentence (suspended sentence) or conditional release (parole) or of revocation of a postponement or suspension of the enforcement of a sentence or preventive measure;

(b) In proceedings concerning compensation for wrongful arrest or conviction in connection with criminal proceedings;

(c) In matters relating to clemency;

(d) In matters pertaining to the register of criminal convictions;

(e) In serving summonses to commence a sentence or to pay fines and costs.

*Article 2*

CUSTOMS REGULATIONS

(1) Legal assistance shall be provided even in the case of acts which, in the view of the requested State, constitute solely violations of customs regulations.

(2) "Customs regulations" for the purposes of paragraph (1) above are legal regulations governing the import, export, transit and storage of goods and relating to customs duties or other import or export taxes.

<sup>1</sup> Came into force on 1 January 1984, i.e., the first day of the third month following the exchange of the instruments of ratification, which took place at Vienna on 21 October 1983, in accordance with article 29 (1).

(3) Legal assistance shall be provided regardless of whether a similar customs regulation exists in the requested State.

(4) Documents and communications received by the judicial authorities of the requesting State in connection with a request for legal assistance in a customs offence may be used not only in the proceedings for which legal assistance was requested but also in customs and other taxation proceedings directly related to those proceedings.

### *Article 3*

#### SCOPE OF LEGAL ASSISTANCE

Legal assistance shall include, in particular, questioning of accused persons, witnesses or experts, inspection, search, seizure of property, transmittal of records, documents or other items relevant to criminal proceedings and service of documents.

### *Article 4*

#### REFUSAL OF LEGAL ASSISTANCE

Legal assistance shall not be provided:

(a) If the act that gave rise to the request is not punishable by a court of law under the law of the requested State;

(b) If compliance with the request might prejudice the sovereignty or security of the requested State or contravene principles of its legal system;

(c) If the act that gave rise to the request is, in the view of the requested State, an offence of a political nature or a military offence;

(d) For acts which, in the view of the requested State, constitute solely violations of tax, monopoly or currency regulations, commodity controls or foreign trade regulations, except as otherwise agreed under this Treaty.

### *Article 5*

#### CONTENTS OF REQUESTS

(1) The request for legal assistance shall be made in writing and shall include:

(a) The designation of the requesting and the requested authority;

(b) The designation of the case and a brief description of the offence indicating the place and time it was committed;

(c) The legal definition of the offence;

(d) The fullest possible particulars concerning the accused and his or her nationality and domicile or residence;

(e) The name and address of defence counsel, if any;

(f) The subject matter of the request and any additional details needed in order to comply with it.

(2) A request for legal assistance shall be signed by the competent officer of the requesting authority and shall bear its official seal. Certification shall not be required.

(3) Requests for searches of persons or premises or seizure of property shall be accompanied by an original or certified copy of the order issued by the requesting authority.

#### *Article 6*

##### CHANNELS OF COMMUNICATION

(1) Unless otherwise provided for under this Treaty, correspondence in matters governed by this Treaty shall be exchanged between the Federal Minister of Justice of the Republic of Austria and the department responsible for justice of the respective socialist republic or socialist autonomous province of the Socialist Federal Republic of Yugoslavia. The judicial authorities shall also communicate with each other by this channel.

(2) In cases of urgency, requests from the judicial authorities of the requesting State may be transmitted to the competent judicial authorities of the requested State through the International Criminal Police Organization (Interpol).

#### *Article 7*

##### TRANSLATIONS

(1) Translations of requests made under this Treaty and of any attached documents, except as provided in paragraph (2), shall not be attached. Nor shall translations be attached to documents transmitted under article 24.

(2) A translation into the language of the requested State, prepared by a sworn interpreter from the requesting State, shall be attached to any documents to be served, particularly court documents and decisions. Certification of the interpreter's signature shall not be required.

(3) In the event that a document for service is not accompanied by a translation into the language of the requested State, the requested State shall have the right to limit service to delivery of the document to the addressee if he or she is willing to receive it.

#### *Article 8*

##### APPLICABLE PROCEDURAL LAW

In the execution of a request for legal assistance, the law of the requested State shall be applicable. However, procedural rules of the requesting State differing therefrom shall be applied, if the latter so desires, provided such provisions are consistent with the principles of procedural law of the requested State.



### Article 9

#### PRESENCE AT LEGAL ASSISTANCE PROCEEDINGS

(1) If the requesting authority so desires, it shall be notified in good time by the requested authority of the place and time of execution of a request for legal assistance. Such notification shall be effected by direct communication between the requesting and the requested authority.

(2) Persons participating in criminal proceedings and their legal counsel and representatives of the authorities participating in criminal proceedings shall be entitled to be present when action in respect of legal assistance is taken in the requested State, if their presence is necessary for the proper execution of the request for legal assistance. They shall be entitled to raise additional questions. Article 13, paragraph (4), shall apply *mutatis mutandis* to such persons.

(3) The presence of a representative, referred to in paragraph (2) above, of the requesting State's authorities during action in the requested State in respect of legal assistance shall require, in the Republic of Austria, the authorization of the Federal Minister of Justice, and, in the Socialist Federal Republic of Yugoslavia, the authorization of the department responsible for justice of the respective socialist republic or socialist autonomous province.

### Article 10

#### COMPETENT AUTHORITY

(1) If the address of a person to whom the request for legal assistance relates is not given precisely or proves to be incorrect, the requested authority shall, if possible, ascertain the correct address.

(2) If the requested authority is not competent to execute the request, it shall forward the request to the competent authority and so notify the requesting authority.

### Article 11

#### TRANSMITTAL OF DOCUMENTS AND OTHER ITEMS

(1) A Contracting State shall, at the request of the other Contracting State, transmit records, documents or other items that may serve as evidence in a criminal proceeding in the requesting State. Documents and other items shall be transmitted even if they are subject to seizure in the requested State.

(2) Transmittal of records or documents in the original shall be required only when the transmittal of copies will not suffice.

(3) The requested State may retain records, documents or other items needed for criminal proceedings in that State for the duration of those proceedings.

(4) Rights of the requested State or of third persons to the documents or objects transmitted shall not be affected. Transmitted records, documents or objects shall be returned to the requested State as soon as possible, unless the latter waives their return.

(5) Provisions governing the import and export of objects and currency shall not apply to the transmittal of records, documents or other items pursuant to this article.

### *Article 12*

#### PROOF OF SERVICE

Service shall be proved either by a certificate of service, which must be dated and signed by both the process server and the recipient, or through certification by the requested authority indicating the fact, manner and time of service. On special request, the requested authority shall confirm whether service was effected in accordance with the rules of the requested State.

### *Article 13*

#### SUMMONSES, SAFE CONDUCT

(1) Should it prove necessary for a person in one of the Contracting States to appear in person before a court in the other Contracting State to be questioned, the summons shall be served on that person by the competent authority of the requested State.

(2) The summons may contain no threat of coercive measures in the event of non-appearance. Should the summoned person fail to comply with the summons, the coercive measures provided for by law for non-appearance may not be applied.

(3) A request for service of summons on an accused person shall be carried out only if the summons reaches the requested authority at the latest 30 days before the date set for appearance before the court of the requesting State. The requesting authority shall take this deadline into account when formulating requests.

(4) A person in the territory of one of the Contracting States who receives a summons to appear before a court of the other Contracting State and complies with it may not be prosecuted or detained or subjected to any restrictions of personal liberty in the territory of that Contracting State for an act committed prior to entry into that territory or on any other grounds pre-dating such entry. However, prosecution, detention or other restrictions of personal liberty shall be permitted:

(a) For a criminal offence which forms the subject matter of the summons of a person as accused;

(b) If the person summoned, being free to leave, remains in the territory of the requesting State for more than 15 days after the court states that his or her presence is no longer required; or

(c) If after leaving the territory of the requesting State he or she returns to it voluntarily or is returned to it by legal order.

(5) The limitations on criminal prosecution, detention or other restrictions of personal liberty contained in paragraph (4) shall apply to witnesses even in connection with a criminal offence of perjury which they may have attempted or committed through false testimony before a court of the requesting State.

(6) If a witness or expert is summoned, the summons shall indicate in detail the extent to which he or she is entitled to compensation for travel and subsistence

expenses, compensation for loss of time, and, in the case of an expert, remuneration for services. Summoned witnesses or experts shall, on request, be provided by the requesting State with an advance to cover travel and subsistence expenses.

#### Article 14

##### TRANSFER OF PERSONS IN CUSTODY TO APPEAR AS WITNESSES IN THE REQUESTING STATE

(1) A person summoned as a witness who is in custody in the requested State by order of a court, may, subject to his or her consent, be transferred to the requesting State at its request to give evidence unless there are compelling reasons against the transfer.

(2) Witnesses shall continue to be held in custody in the requesting State and shall immediately be returned to the requested State after giving evidence.

#### Article 15

##### TRANSFER OF PERSONS IN CUSTODY TO THE REQUESTED STATE

(1) At the request of a Contracting State, a person in custody in the requesting State by order of a court for purposes of a criminal proceeding pending in the requesting State may be returned to appear in the requested State in compliance with a request for legal assistance, if there are recognized grounds for detention under the law of the requested State and there are no compelling reasons against such a transfer.

(2) Persons so transferred shall continue to be held in custody in the requested State and shall immediately be returned once the request for legal assistance has been executed. Article 13, paragraph (4) shall apply *mutatis mutandis*.

#### Article 16

##### TRANSIT

If a person in custody is transported to appear as a witness from the territory of a third State to a Contracting State through the territory of the other Contracting State, transit shall be permitted unless the person is a national of the latter Contracting State.

#### Article 17

##### APPLICATION OF COERCIVE MEASURES

In carrying out requests for legal assistance, the competent authority of the requested State shall if necessary apply the same coercive measures as it would in carrying out a request for legal assistance from the competent authority of its own State.

*Article 18*

## REASONS FOR REFUSAL OF LEGAL ASSISTANCE

If legal assistance is refused in whole or in part or there are obstacles to compliance with the request, the requesting authority shall be notified thereof and informed of the reason.

*Article 19*

## REQUESTS FOR TRANSFER OF CRIMINAL PROSECUTION

(1) If a national of a Contracting State has committed an offence in the territory of the other Contracting State which is punishable by a court of law in both Contracting States, the State in which the offence was committed may request the other Contracting State to take over prosecution of that offence.

(2) The competent authorities of the State in which the offence was committed shall officially determine, in the particular case, whether submission of a request of the kind referred to in paragraph (1) is called for in the interests of ascertaining the truth, determining the sentence or for other reasons of importance to the proceedings, or for reasons having to do with enforcement of the sentence or the social rehabilitation of the accused.

(3) The competent authorities of the requested State shall conduct the criminal proceedings in accordance with the law of that State. Traffic offences shall be judged in the requested State on the basis of the traffic regulations in force at the place where the offence was committed.

(4) If the request for transfer of prosecution is based on false testimony by the accused under the terms of article 13, paragraph (5), the provisions of the criminal law of the requested State shall apply as if the testimony had been made before a court of the requested State.

*Article 20*

## MEASURES IN CONNECTION WITH THE REQUEST

The judicial authorities of the requesting State shall take the necessary measures in connection with the request for transfer of criminal prosecution to enable the requested State to exercise its criminal jurisdiction. Such measures shall include the surrender of the accused, if he or she is in custody in the requesting State, to the authorities of the requested State.

*Article 21*

## DOCUMENTATION

(1) The request for transfer of criminal prosecution shall set out the facts of the case and give the fullest possible particulars concerning the accused and his or her nationality and residence or domicile. The request shall be accompanied by:

(a) Originals or certified copies of the records, and any items of evidence;

(b) The provisions defining the offence and the penalty applicable under the law in force where the offence was committed and, for traffic offences, the traffic regulations pertinent to the case;

(c) Statements by the party injured by the offence, where needed to institute criminal proceedings.

(2) With respect to the transmittal of records and items of evidence, article 11, paragraphs (4) and (5) shall apply.

(3) A statement by the injured party needed to institute criminal proceedings which is available in the requesting State shall be valid in the requested State also. A statement by the injured party that is required only under the law of the requested State may be obtained within a period of two months after receipt of notification by the authorities responsible for prosecuting the case in that State.

#### *Article 22*

#### *NE BIS IN IDEM PRINCIPLE*

In view of the request for transfer of criminal prosecution, the judicial authorities of the requesting State shall temporarily refrain from taking steps to prosecute the act covered by the request. In no case shall any such steps be taken:

(a) If the accused has been finally acquitted in the requested State or if the proceedings have been abandoned for lack of evidence or because the act in question does not constitute a criminal offence;

(b) If the sentence or preventive measure imposed has been served or can by law or by reason of a pardon no longer be enforced;

(c) As long as the enforcement of a sentence or preventive measure is suspended in whole or in part.

#### *Article 23*

#### NOTIFICATION OF THE OUTCOME OF THE REQUEST

The requested State shall inform the requesting State of what action has been taken based on the request and of the outcome of the criminal proceedings. If a final decision has been handed down, an original or a certified copy of it shall be transmitted.

#### *Article 24*

#### INFORMATION FROM THE REGISTER OF CONVICTIONS

(1) Each Contracting State shall inform the other quarterly of all criminal convictions that have been entered into the register of convictions against nationals of the other Contracting State. Extracts from the register of convictions shall be exchanged between the Federal Minister for the Interior of the Republic of Austria and the Federal Department of Justice and General Administration of the Federal Administration of the Socialist Federal Republic of Yugoslavia.

(2) They shall likewise inform each other of further decisions and orders relating to such criminal convictions and shall enter them into the register of convictions.

(3) The Contracting States shall, in particular cases and on request, also transmit to each other certified copies in the manner specified in paragraph (1) concerning their own nationals' criminal convictions entered into the register of convictions.

#### *Article 25*

#### LEGAL INFORMATION

The Federal Minister of Justice of the Republic of Austria and the Federal Secretary of Justice and General Administration of the Federal Administration of the Socialist Federal Republic of Yugoslavia shall provide each other on request with information on their criminal law, law of criminal procedure and law on the enforcement of sentences.

#### *Article 26*

#### COSTS

The costs incurred in executing a request, with the exception of those occasioned by the transfer of a prisoner under articles 14 to 16, shall be borne by the requested State.

#### *Article 27*

#### DEFINITIONS

(1) For the purposes of this Treaty, an act is considered punishable in a court of law if responsibility for prosecuting and punishing it lies:

(a) In the Republic of Austria, with a court competent under the terms of the law to exercise jurisdiction in criminal matters;

(b) In the Socialist Federal Republic of Yugoslavia, with a criminal court.

(2) For the purposes of this Treaty, the "language of the requested State" shall mean the German language for the territory of the Republic of Austria and the Serbo-Croatian, literary Croatian, Slovene or Macedonian languages for the entire territory of the Socialist Federal Republic of Yugoslavia.

(3) For the purposes of this treaty, the term "preventive measure" shall mean:

(a) In the Republic of Austria, any measure involving restriction of liberty which is ordered by decision of a criminal court in addition to or instead of a sentence;

(b) In the Socialist Federal Republic of Yugoslavia, security and correctional education measures and probationary measures in connection with conditional remission of sentence, as provided for by the criminal law of the Socialist Federal Republic of Yugoslavia.

*Article 28*

## FINAL PROVISIONS

This Treaty is subject to ratification. The instruments of ratification shall be exchanged at Vienna.

*Article 29*

(1) This Treaty shall enter into force on the first day of the third month following the exchange of the instruments of ratification.

(2) The Treaty is concluded for an indefinite period. Either Contracting State may denounce the Treaty by giving six months' notice in writing through the diplomatic channel.

*Article 30*

With the entry into force of the Treaty, articles 19 to 22 and 24 to 28 of the Treaty on Reciprocal Legal Relations between the Republic of Austria and the Socialist People's Republic of Yugoslavia of 16 December 1954<sup>1</sup> together with articles 23 and 47 of the aforementioned Treaty shall cease to have effect insofar as they relate to criminal matters.

DONE at Belgrade on 1 February 1982 in two originals in the German and Serbo-Croat languages, both texts being equally authentic.

For the Republic  
of Austria:

BRODA

For the Socialist Federal Republic  
of Yugoslavia:

BANOVIĆ

---

<sup>1</sup> United Nations, *Treaty Series*, vol. 1896, No. I-32349.

[TRADUCTION — TRANSLATION]

TRAITÉ<sup>1</sup> ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRATIVE SOCIALISTE DE YOUGOSLAVIE RELATIF À L'ASSISTANCE JUDICIAIRE EN MATIÈRE PÉNALE

Le Président fédéral de la République d'Autriche et le Présidium de la République fédérative socialiste de Yougoslavie,

Désireux d'approfondir les relations juridiques entre les deux Etats et de faciliter leurs rapports dans le domaine judiciaire, ont décidé de conclure un traité relatif à l'assistance judiciaire en matière pénale et à la prise en charge des poursuites pénales et sont convenus à cette fin des dispositions suivantes :

*Article premier*

OBLIGATION D'OCTROI DE L'ASSISTANCE JUDICIAIRE

1) Les Etats contractants s'engagent à s'accorder mutuellement toute l'assistance judiciaire possible, conformément aux dispositions et conditions ci-après, dans toutes les procédures visant des infractions pénales pour la poursuite desquelles les autorités judiciaires de l'Etat requérant sont compétentes au moment de la demande d'assistance.

2) L'assistance judiciaire est en outre accordée :

a) Dans les affaires de révocation d'une clémence conditionnelle ou d'une libération conditionnelle, du report ou de la suspension de l'exécution d'une peine ou d'une mesure de sûreté;

b) Dans les actions en dommages-intérêts pour privation de liberté ou condamnation injustifiée en rapport avec une procédure pénale;

c) Dans les affaires de recours en grâce;

d) Dans les affaires de casier judiciaire;

e) Pour la signification de sommations relatives au commencement de l'exécution d'une peine ou au paiement d'amendes et de frais de procédure.

*Article 2*

LÉGISLATION DOUANIÈRE

1) L'assistance judiciaire est également accordée pour les actes qui, de l'avis de l'Etat requis, consistent exclusivement en une infraction à la législation douanière.

2) Par législation douanière au sens du paragraphe 1, on entend les dispositions législatives relatives à l'importation, à l'exportation, au transit et à l'entre-

<sup>1</sup> Entré en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 1984, soit le premier jour du troisième mois ayant suivi l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Vienne le 21 octobre 1983, conformément au paragraphe 1 de l'article 29.



posage de marchandises, qui se rapportent aux droits de douane ou aux autres droits d'entrée ou de sortie.

3) L'assistance judiciaire est accordée, qu'il existe ou non dans l'Etat requis une disposition douanière de même nature.

4) Les documents et communications qui parviennent aux autorités judiciaires de l'Etat requérant à la suite d'une demande d'assistance judiciaire concernant une infraction douanière peuvent être utilisés non seulement dans la procédure pour laquelle l'assistance judiciaire a été demandée mais aussi dans toute autre procédure douanière ou fiscale en rapport direct avec cette procédure.

### *Article 3*

#### ETENDUE DE L'ASSISTANCE JUDICIAIRE

L'assistance judiciaire porte notamment sur l'audition des inculpés, des témoins ou des experts, les descentes sur les lieux, les perquisitions, les saisies, les communications de dossiers, documents ou autres objets concernant la procédure pénale, et la signification d'actes.

### *Article 4*

#### REFUS DE L'ASSISTANCE JUDICIAIRE

L'assistance judiciaire n'est pas accordée si :

a) La demande se rapporte à un acte qui ne peut donner lieu à des poursuites pénales selon la loi de l'Etat requis;

b) L'Etat requis considère que l'exécution de la demande porterait atteinte à sa souveraineté ou à sa sécurité, ou serait contraire aux principes de son système juridique;

c) L'Etat requis considère que l'acte qui motive la demande constitue une infraction à caractère politique ou militaire;

d) Elle se rapporte à des faits considérés par l'Etat requis exclusivement comme une infraction à la réglementation fiscale, des changes ou des monopoles ou comme une infraction aux règlements concernant le contingentement des marchandises ou le commerce extérieur, sauf disposition contraire du présent Traité.

### *Article 5*

#### CONTENU DE LA DEMANDE

1) La demande d'assistance judiciaire est présentée par écrit et contient les indications suivantes :

a) La désignation de l'autorité requérante et de l'autorité requise;

b) La désignation de l'infraction, un exposé sommaire des faits constitutifs de l'infraction avec indication de sa date et de son lieu;

c) La qualification juridique de l'infraction;

d) Des détails aussi précis que possible sur l'inculpé, sa nationalité et son lieu de résidence ou de séjour;

e) Le cas échéant, le nom et l'adresse de son avocat;

f) L'objet de la demande et tout autre renseignement éventuellement nécessaire à l'exécution de la demande.

2) La demande d'assistance judiciaire est signée par l'organe compétent de l'autorité judiciaire requérante et revêtue du sceau officiel. Elle n'a pas à être légalisée.

3) En cas de demande de fouille à corps, de perquisition ou de saisie, l'original ou une copie certifiée conforme de l'autorité requérante doit être joint.

### *Article 6*

#### VOIE ADMINISTRATIVE

1) Sauf disposition contraire du présent Traité, les échanges de correspondance relatifs aux affaires réglées par le présent Traité se font entre le Ministre fédéral de la justice de la République d'Autriche et le Secrétariat à la justice de la République socialiste ou de la Province autonome socialiste de la République fédérative socialiste de Yougoslavie. Les autorités judiciaires communiquent aussi entre elles par cette voie.

2) En cas d'urgence, les demandes des autorités judiciaires de l'Etat requérant peuvent être transmises par l'intermédiaire de l'Organisation internationale de la police criminelle (INTERPOL) aux autorités judiciaires compétentes de l'Etat requis.

### *Article 7*

#### TRADUCTIONS

1) Sous réserve du paragraphe 2, les demandes présentées en vertu du présent Traité ainsi que les documents qui leur sont joints ne sont pas accompagnés de traductions. Les pièces transmises en application de l'article 24 ne sont pas accompagnées de traductions.

2) Les pièces à produire, notamment les documents de procédure et les décisions de justice, sont accompagnées d'une traduction dans la langue de l'Etat requis, effectuée par un interprète assermenté de l'Etat requérant. La signature de l'interprète n'a pas à être certifiée.

3) Si la pièce à produire n'est pas accompagnée d'une traduction dans la langue de l'Etat requis, le tribunal requis se limite à procéder à la signification en remettant la pièce au destinataire si celui-ci est disposé à l'accepter.

### *Article 8*

#### DROIT DE PROCÉDURE APPLICABLE

L'exécution de la demande d'assistance judiciaire est régie par la législation de l'Etat requis. Cependant, si la procédure applicable dans l'Etat requérant est dif-

férente, cette procédure peut être suivie si cet Etat le demande, dans la mesure où cela est compatible avec les principes du droit de procédure de l'Etat requis.

#### Article 9

##### PRÉSENCE AUX ACTES D'INSTRUCTION CONCERNANT L'ASSISTANCE JUDICIAIRE

1) Si l'autorité requérante le demande, l'autorité requise lui notifie en temps opportun la date et le lieu d'exécution de la demande d'assistance judiciaire. Cette notification se fait par communication directe entre l'autorité requérante et l'autorité requise.

2) Les parties à la procédure pénale et leurs avocats-conseils ainsi que les représentants des autorités qui participent à cette procédure peuvent assister aux actes d'instruction effectués dans l'Etat requis dans le cadre de l'assistance judiciaire, si cela est nécessaire à l'exécution en bonne et due forme de la demande d'assistance judiciaire. Elles peuvent présenter des questions complémentaires. Le paragraphe 4 de l'article 13 leur est applicable *mutatis mutandis*.

3) La présence des représentants des autorités de l'Etat requérant visés au paragraphe 2 durant les actes d'instruction auxquels il est procédé dans l'Etat requis est subordonnée, en République d'Autriche, à l'autorisation du Ministre fédéral de la justice et, en République fédérative socialiste de Yougoslavie, à celle du Secrétariat à la justice de la République socialiste ou de la Province autonome socialiste.

#### Article 10

##### AUTORITÉS COMPÉTENTES

1) Si l'adresse d'une personne à laquelle se rapporte la demande d'assistance judiciaire est imprécise ou se révèle inexacte, l'autorité requise doit, dans toute la mesure du possible, déterminer l'adresse exacte.

2) Si l'autorité requise n'est pas compétente pour exécuter la demande, elle transmet celle-ci à l'autorité compétente et en informe l'autorité requérante.

#### Article 11

##### COMMUNICATION DE DOSSIERS ET DE PIÈCES

1) Chaque Etat contractant communique à l'autre, sur sa demande, les dossiers, documents et autres pièces susceptibles d'être utilisés comme preuves dans une procédure pénale dans l'Etat requérant. Les documents et autres pièces sont communiqués même s'ils font l'objet d'une saisie dans l'Etat requis.

2) La communication de l'original des dossiers ou documents n'est exigée que lorsque la communication de copies ne suffit pas.

3) L'Etat requis peut surseoir à la communication de dossiers, documents et autres pièces s'ils lui sont nécessaires pour une procédure pénale en cours, pendant la durée de cette procédure.

4) Les droits de l'Etat requis ou de tiers sur les documents ou pièces communiqués ne sont pas affectés. Les dossiers, documents ou pièces communiqués sont renvoyés à l'Etat requis dès que possible, à moins que celui-ci n'y renonce.

5) Les dispositions relatives à l'importation et à l'exportation de marchandises et de devises ne sont pas applicables à la communication de dossiers, documents ou autres pièces faite en application du présent article.

### *Article 12*

#### PREUVE DE LA REMISE

La preuve de la remise se fera au moyen d'un récépissé daté et signé par l'autorité qui a procédé à la remise et par le destinataire, ou d'une déclaration de l'autorité requise constatant le fait, la forme et la date de la remise. Sur demande spéciale, l'autorité requise indiquera si la remise a eu lieu conformément à la législation de l'Etat requis.

### *Article 13*

#### CITATION À COMPARAÎTRE, SAUF-CONDUIT

1) Si la comparution personnelle d'une personne résidant dans l'un des Etats contractants devant un tribunal de l'autre Etat contractant est jugée nécessaire, la citation à comparaître lui est remise par l'autorité compétente de l'Etat requis.

2) La citation ne contiendra aucune injonction. Si la personne citée à comparaître ne défère pas à la citation, elle ne peut être soumise, de ce fait, aux mesures coercitives prévues par la loi.

3) Il n'est donné suite à une demande de signification de la citation à un inculpé que si la citation parvient à l'autorité requise au plus tard 30 jours avant la date fixée pour la comparution devant le tribunal de l'Etat requérant. L'autorité requérante doit tenir compte de ce délai pour la présentation de la demande.

4) La personne qui a reçu, sur le territoire de l'un des Etats contractants, une citation à comparaître devant un tribunal de l'autre Etat contractant pour une affaire pénale et qui y défère ne peut être ni poursuivie ni détenue ni soumise à aucune autre restriction de sa liberté individuelle sur le territoire de cet Etat contractant pour des faits antérieurs à son entrée sur ce territoire ou pour tout autre motif survenu antérieurement. Les poursuites, la détention ou la restriction de la liberté individuelle sont toutefois admises :

*a)* Dans le cas d'une infraction qui fait l'objet de la citation d'une personne en qualité d'inculpé;

*b)* Lorsque la personne citée à comparaître, ayant eu la possibilité de quitter le territoire de l'Etat requérant, y est demeurée plus de 15 jours après que le tribunal eut déclaré que sa présence n'était plus nécessaire; ou

*c)* Lorsque, après avoir quitté le territoire de l'Etat requérant, elle y est retournée de son plein gré ou y a été ramenée en vertu d'une décision légale.

5) Les restrictions visées au paragraphe 4 concernant les poursuites pénales, la détention ou les autres restrictions à la liberté individuelle s'appliquent aussi à un

témoin qui a commis ou tenté de commettre une infraction en faisant une fausse déposition devant le tribunal de l'Etat requérant.

6) Si un témoin ou un expert est cité à comparaître, la citation doit indiquer en détail dans quelle mesure il a droit au remboursement de ses frais de déplacement et de séjour, à une indemnité pour la perte de temps encourue et, dans le cas d'un expert, à des honoraires. Le témoin ou l'expert cité à comparaître peut exiger de l'Etat requérant le versement d'une avance en vue de couvrir ses frais de déplacement et de séjour.

#### Article 14

##### TRANSFERT DE PERSONNES DÉTENUES EN QUALITÉ DE TÉMOINS DANS L'ÉTAT REQUÉRANT

1) Si un témoin cité à comparaître se trouve en détention dans l'Etat requis en vertu d'une ordonnance d'un tribunal, il sera, s'il y consent et si l'Etat requérant le demande, transféré dans cet Etat pour y être entendu, à condition qu'aucune considération impérieuse ne s'y oppose.

2) Le témoin reste en détention sur le territoire de l'Etat requérant et est renvoyé à l'Etat requis immédiatement après avoir été entendu.

#### Article 15

##### TRANSFERT DE PERSONNES DÉTENUES DANS L'ÉTAT REQUIS

1) Si l'un des Etats contractants le demande, une personne détenue dans l'Etat requérant en vertu d'une ordonnance d'un tribunal est autorisée à être présente dans l'Etat requis aux fins d'une procédure pénale en instance dans l'Etat requérant dans le cadre de l'exécution d'une demande d'assistance judiciaire, lorsqu'il existe aussi un motif reconnu de détention selon la législation de l'Etat requis et qu'aucune considération impérieuse ne s'oppose au transfert.

2) La personne transférée reste en détention dans l'Etat requis et est renvoyée immédiatement après l'exécution de la demande d'assistance judiciaire. Le paragraphe 4 de l'article 13 s'applique *mutatis mutandis*.

#### Article 16

##### TRANSIT

Si une personne détenue doit être transférée, en qualité de témoin, du territoire d'un Etat tiers vers l'un des Etats contractants à travers le territoire de l'autre Etat contractant, son transit est accordé à condition qu'elle n'ait pas la nationalité de cet Etat.

#### Article 17

##### EMPLOI DE MOYENS COERCITIFS

Aux fins de l'exécution d'une demande d'assistance judiciaire, l'autorité compétente de l'Etat requis doit, si nécessaire, employer les mêmes moyens coercitifs

qu'aux fins de l'exécution d'une demande d'assistance judiciaire de l'autorité compétente de son propre Etat.

### *Article 18*

#### JUSTIFICATION DU REFUS DE L'ASSISTANCE JUDICIAIRE

Si l'assistance judiciaire est totalement ou partiellement refusée ou s'il existe des obstacles à l'exécution de la demande, l'autorité requérante en est avertie et est informée des motifs du refus.

### *Article 19*

#### DEMANDE DE PRISE EN CHARGE DES POURSUITES PÉNALES

1) Si un ressortissant de l'un des Etats contractants a commis, sur le territoire de l'autre Etat contractant, une infraction réprimée dans les deux Etats contractants, l'Etat où l'infraction a été commise peut demander à l'autre Etat contractant de se charger d'engager les poursuites contre l'auteur de l'infraction.

2) Les autorités compétentes de l'Etat où l'infraction a été commise examinent officiellement dans chaque cas si la présentation d'une demande conformément au paragraphe 1 est souhaitable pour la manifestation de la vérité, pour des raisons touchant la détermination de la peine ou pour d'autres raisons importantes concernant les poursuites pénales, pour des raisons touchant l'exécution de la peine ou dans l'intérêt de la réinsertion sociale de l'inculpé.

3) Les autorités compétentes de l'Etat requis exécutent la procédure pénale conformément à la législation de cet Etat. En matière de circulation routière, les infractions sont jugées dans l'Etat requis d'après les règles de circulation en vigueur au lieu de l'infraction.

4) Si la demande de prise en charge des poursuites pénales est motivée par une fausse déposition faite par un inculpé dans l'Etat requérant dans les conditions visées au paragraphe 5 de l'article 13, les dispositions pénales de l'Etat requis s'appliquent comme si la déposition avait été faite devant un tribunal de l'Etat requis.

### *Article 20*

#### MESURES RELATIVES À LA DEMANDE

En cas de demande de prise en charge de poursuites pénales, les autorités judiciaires de l'Etat requérant prennent les mesures nécessaires pour permettre à l'Etat requis d'exercer sa juridiction. Lorsque l'inculpé est détenu dans l'Etat requérant, ces mesures incluent sa remise aux autorités de l'Etat requis.

### *Article 21*

#### DOCUMENTS

1) La demande de prise en charge de poursuites pénales doit contenir un exposé des faits et des détails aussi précis que possible sur l'inculpé, sa nationalité et son domicile ou son lieu de résidence. Elle est accompagnée des documents suivants :

a) L'original ou une copie certifiée conforme des pièces du dossier ainsi que des pièces à conviction;

b) Une copie des dispositions concernant l'infraction et la peine qui sont applicables selon la législation en vigueur sur le territoire où l'infraction a été commise et, en cas d'infraction au code de la route, une copie des règles de circulation sur la base desquelles il doit être statué;

c) Une copie des déclarations de la partie à laquelle l'infraction a causé un préjudice qui sont nécessaires à l'engagement de poursuites pénales.

2) Les paragraphes 4 et 5 de l'article 11 sont applicables à la communication des dossiers et pièces à conviction.

3) Lorsqu'une déclaration de la partie lésée nécessaire à l'engagement de poursuites pénales existe dans l'Etat requérant, elle est également valable dans l'Etat requis. Une déclaration de la partie lésée nécessaire seulement en vertu de la législation de l'Etat requis peut être établie après coup auprès de l'autorité de cet Etat compétente pour les poursuites, dans un délai de deux mois suivant la réception de la plainte.

#### *Article 22*

##### RÈGLE NON BIS IN IDEM

En cas de demande de prise en charge des poursuites judiciaires, les autorités judiciaires de l'Etat requérant s'abstiennent provisoirement d'engager des poursuites contre l'auteur de l'infraction visée par la demande. Elles s'abstiennent de toute façon de prendre de telles mesures :

a) Lorsque l'inculpé a été définitivement acquitté dans l'Etat requis ou lorsque les poursuites ont été définitivement abandonnées faute de preuve ou parce que le fait incriminé ne constitue pas une infraction;

b) Lorsque la peine ou la mesure provisoire prononcée a été exécutée ou lorsqu'elle ne peut plus l'être en vertu de la loi ou en raison d'une grâce;

c) Lorsque l'exécution d'une peine ou d'une mesure provisoire a été totalement ou partiellement suspendue.

#### *Article 23*

##### NOTIFICATION DU RÉSULTAT DE LA DEMANDE

L'Etat requis informe l'Etat requérant des poursuites engagées sur la base de la demande et de leur résultat. Lorsque ces poursuites aboutissent à une décision définitive, une expédition ou une copie certifiée conforme de cette décision est transmise.

#### *Article 24*

##### EXTRAITS DU CASIER JUDICIAIRE

1) Les Etats contractants s'informent mutuellement tous les trois mois de toutes les condamnations pénales prononcées à l'encontre des ressortissants de l'autre Etat contractant qui ont été inscrites au casier judiciaire. Les extraits du casier judiciaire sont échangés entre le Ministre fédéral de l'intérieur de la Répu-

blique d'Autriche et le Secrétariat fédéral à la justice et à l'organisation de l'administration fédérale de la République fédérative socialiste de Yougoslavie.

2) Ils s'informent aussi mutuellement des autres décisions et ordonnances qui se rapportent à des condamnations pénales du même type et qui sont inscrites au casier judiciaire.

3) Les Etats contractants se transmettent en outre par la voie indiquée au paragraphe 1, sur demande dans chaque cas, des copies certifiées des condamnations inscrites au casier judiciaire qui concernent leurs propres ressortissants.

#### *Article 25*

#### RENSEIGNEMENTS JURIDIQUES

Le Ministre fédéral de la justice de la République d'Autriche et le Secrétariat fédéral à la justice et à l'organisation de l'administration fédérale de la République fédérative socialiste de Yougoslavie se communiquent sur demande des renseignements sur le droit pénal, les lois pénales de procédure et les lois relatives à l'exécution des peines de leurs pays respectifs.

#### *Article 26*

#### FRAIS

Les frais résultant de l'exécution d'une demande sont à la charge de l'Etat requis, à l'exception des frais liés au transfert d'un détenu conformément aux articles 14 à 16.

#### *Article 27*

#### DÉFINITIONS

1) Il y a compétence juridique au sens du présent Traité lorsque :

*a)* En République d'Autriche, un tribunal est chargé d'exercer une juridiction en matière pénale en vertu de dispositions légales,

*b)* En République fédérative socialiste de Yougoslavie, un tribunal pénal est compétent pour engager des poursuites et prononcer des peines en cas d'infraction.

2) Aux fins du présent Traité, l'expression « langue de l'Etat requis » désigne, pour le territoire de la République d'Autriche, la langue allemande et, pour l'ensemble du territoire de la République fédérative socialiste de Yougoslavie, la langue serbo-croate, la langue écrite croate, la langue slovène ou la langue macédonienne.

3) Aux fins du présent Traité, l'expression « mesure de sûreté » désigne :

*a)* En République d'Autriche, toute mesure restrictive de liberté ordonnée par un tribunal pénal en sus ou à la place d'une peine;

*b)* En République fédérative socialiste de Yougoslavie, les mesures de sûreté et les mesures éducatives ainsi que les mesures de liberté surveillée se rapportant à la clémence conditionnelle, prévues dans le droit pénal de la République fédérative socialiste de Yougoslavie.



*Article 28*

## DISPOSITIONS FINALES

Le présent Traité est soumis à ratification. Les instruments de ratification seront échangés à Vienne.

*Article 29*

1) Le présent Traité entrera en vigueur le premier jour du troisième mois suivant l'échange des instruments de ratification.

2) Le présent Traité est conclu pour une durée indéterminée. Chacun des Etats contractants peut le dénoncer par écrit et par la voie diplomatique en respectant un préavis de six mois.

*Article 30*

L'entrée en vigueur du présent Traité rend caducs les articles 19 à 22 et 24 à 28 du Traité entre la République d'Autriche et la République populaire fédérative de Yougoslavie relatif aux rapports mutuels légaux, en date du 16 décembre 1954<sup>1</sup>, ainsi que les articles 23 et 47 dudit traité pour ce qui concerne les questions pénales.

FAIT à Belgrade le 1<sup>er</sup> février 1982 en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et serbo-croate, les deux textes faisant également foi.

Pour la République  
d'Autriche :

BRODA

Pour la République  
fédérative socialiste de Yougoslavie :

BANOVIĆ

---

<sup>1</sup> Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1896, n° I-32349.

